

Kurzbericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 28. November 2022

Einbringung des Haushalts für 2023

Bürgermeister Buggle stellt einleitend die Eckpunkte des Haushaltsplanentwurfs für 2023 vor und übergibt anschließend das Wort an Frau Weißer von der Kämmerei der Verwaltungsgemeinschaft Spaichingen, die die Einzelheiten des Planwerks präsentiert.

Im Jahr 2023 könne die Gemeinde mit höheren Schlüsselzuweisungen, einem höheren Einkommensteueranteil und einer höheren Investitionszuschale in Höhe von insgesamt knapp 100.000 Euro rechnen. Die Gewerbesteuer erhöhe sich leicht um ca. 40.000 Euro. Demgegenüber steige die Kreisumlage – vorbehaltlich der Beschlussfassung des Kreistags im Dezember – deutlich an und auch die Fehlbeträge aus den Vorjahren müssten abgedeckt werden. Ebenso seien die ansteigenden Energiekosten spürbar. So habe man alle Ansätze der Bewirtschaftungskosten entsprechend angehoben. Stand jetzt schaffe man es aber dennoch, den Ergebnishaushalt 2023 mit einem leichten Plus in Höhe von ca. 35.000 Euro abschließen zu können.

Im Finanzhaushalt, in dem unter anderem die investiven Maßnahmen dargestellt werden, liege der Finanzbedarf bei rund 500.000 Euro. Der Gemeinderat hatte in seiner letzten Sitzung das Investitionsprogramm beschlossen. Aufgrund der noch vorhandenen Kreditermächtigung des Jahres 2022 – es musste nicht der gesamte Kreditrahmen ausgeschöpft werden – sowie des Zahlungsmittelüberschusses aus laufender Verwaltungstätigkeit, müsse Stand heute keine weitere Kreditaufnahme geplant werden, um die Projekte finanzieren zu können.

Aus der Mitte des Gremiums werden verschiedene Hinweise und Nachfragen zu einzelnen Punkten dargelegt.

Sodann nimmt der Gemeinderat den Haushaltsplanentwurf zur Kenntnis. Die endgültige Verabschiedung findet in der nächsten Gemeinderatssitzung statt.

Satzung zur Anpassung der Satzungen betreffend Umsatzbesteuerung gemäß § 2b UStG

Die Regelungen zur Besteuerung der öffentlichen Hand wurden im Rahmen des Steueränderungsgesetzes 2015 weitgehend neu geregelt. Dadurch wird die Steuerpflicht der Kommunen auf viele Bereiche ausgeweitet., was zu einem enormen bürokratischen Aufwand führe. Aus diesem Grund müssen einige Satzungen dahingehend angepasst werden, dass auf einzelne Gebühren künftig die Umsatzsteuer hinzuzurechnen sei. Die Besteuerung stelle für die Gemeinde keine Mehreinnahme dar, sondern müsse als durchlaufender Posten an das Finanzamt weitergeleitet werden.

Aktuell gebe es – so der Vorsitzende – jedoch Diskussionen, ob der § 2b des Umsatzsteuergesetzes tatsächlich zum 1. Januar 2023 verpflichtend werde. Da dies noch nicht klar sei, müsse man die Vorbereitungen zwar treffen, von einer Satzungsbekanntmachung werde jedoch noch so lange abgesehen, bis endgültig geklärt sei, ob und in welchem Umfang die Besteuerung der öffentlichen Hand umgesetzt werde.

Einzelne Räte hinterfragen den Sinn des Steueränderungsgesetzes. Schlussendlich wird die entsprechende Satzung beschlossen. Von einer Bekanntmachung soll jedoch noch so lange abgesehen werden, bis die aktuell laufende Debatte um ein etwaiges Verschieben der Gültigkeit des § 2b abgeschlossen ist.

Bauanträge

Zu dieser Sitzung waren keine Bauanträge vorgelegt worden.

Verschiedenes

Schließung der Mehrzweckhalle „zwischen den Jahren“

Der Vorsitzende führt aus, dass man eine Anfrage auf Anmietung der Mehrzweckhalle für eine Silvesterparty abgelehnt habe. Man wolle die Halle „zwischen den Jahren“ geschlossen halten. Einerseits aus Energiespargründen und andererseits wegen des Hausmeisterpersonals. Sollte es die Witterung zulassen, würden die Bauhofmitarbeiter an diesem Tagen ihren Resturlaub abbauen. Andernfalls seien beide im Winterdienst im Einsatz und deswegen ebenfalls nicht für Hausmeisteraufgaben in der Halle zur Verfügung.

Der Gemeinderat bestätigt das Vorgehen. Die Hallenschließung solle sogar bis Dreikönig verlängert werden, allerdings nur Veranstaltungen betreffen. Einzelne Vereinsgruppen hätten in der Vergangenheit spontane Trainings durchgeführt. Dies solle weiterhin gewährleistet bleiben.

Konzert des Musikvereins

Bürgermeister Buggle verliest die Einladung des Musikvereins zu dessen Konzert am 10. Dezember 2022. Er bittet um rege Teilnahme.

Sachstand Skateranlage

Aus der Mitte des Gremiums wird nach dem aktuellen Sachstand zur geplanten Skateranlage gefragt. Der Vorsitzende führt aus, dass die Projektgruppe gemeinsam mit Architekt Lehr aus Böttingen zusammengesessen sei und die Planung endgültig besprochen habe. Nun warte man auf die Kostenberechnung. Diese müsse der Sportverein dem Württembergischen Landessportbund (WLSB) zur Beantragung von Fördermitteln vorlegen. Wenn die Förderzusage eingehe, könne gebaut werden. Aktuell stehe die Finanzierung auf drei Beinen. Einerseits eben der WLSB-Zuschuss, andererseits die bereits eingekommenen und zugesagten Spenden und das Sponsoring. Der Gemeinderat hatte beschlossen, dass die Gemeinde maximal 40.000 Euro dazugebe. Im Haushaltsplan sei eine erste Rate eingeplant.

Abgestellter Container in der Riegertsbühlstraße

In der Riegertsbühlstraße sei bereits seit längerer Zeit ein Container am Straßenrand abgestellt. Es wird darum gebeten, diesen rechtzeitig vor dem Wintereinbruch entfernen zu lassen.

Rauchverbot im Schafhaus Aggenhausen

Ein Ratsmitglied weist darauf hin, dass bei einer der letzten Veranstaltungen im Schafhaus geraucht worden sei. Die Gemeinde als Gebäudebesitzer müsse das Rauchverbot gegenüber dem Kleintierzuchtverein als Pächter einfordern.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Verwaltung deswegen bereits tätig geworden und auf den Pächter zugegangen sei. Der Kleintierzuchtverein habe bestätigt, hierauf künftig explizit darauf zu achten und alle Mieter darauf hinzuweisen. Entsprechende Schilder würden aufgehängt. Die Gemeinde werde dies weiter beobachten und im Wiederholungsfall einschreiten.

Zweiter Bauabschnitt „Kleines Öschle“

Abschließend wird das Vorgehen beim zweiten Bauabschnitt des Wohngebiets „Kleines Öschle“ angesprochen. Mehrheitlich ist sich das Gremium einig, mit der Erschließung der weiteren Bauplätze zuzuwarten. Einerseits sei zu erwarten, dass durch die gestiegenen Baukosten und die Zinsen die Nachfrage geringer sei, andererseits gebe es im ersten Bauabschnitt noch Bauflächen, die vorrangig angeboten werden sollen.

Frageviertelstunde für die Einwohnerschaft

Es waren keine Einwohner anwesend, die eine Frage ans Gremium richten wollten.

Aus der nichtöffentlichen Sitzung:

In nichtöffentlicher Sitzung ging es um Personal- und Pachtangelegenheiten.